

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/111/53

Bonn, den 17. März 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:Zeilen:

1

"Studentengewerkschaft"

23

Eine bemerkenswerte Initiative

2

CDU-Parteitag

45

Zuflucht zu Unverbindlichkeiten, statt klarer Aussagen

3

Kommunalpolitik mit der "linken Hand"

28

RHEINISCHER MERKUR und Kommunalwahlen in Bayern

4

Stärkung der Demokratie in Finnland

34

Die Einigung der finnischen Sozialdemokraten

5 - 6

"Warum stehst Du draussen?"

36

Die Kündigung des Deutschen Koordinierungsrates der  
Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit

Von Inge Deutschkron.

Chefredakteur Günter Markscheffel

## "Studentengewerkschaft"

### Eine bemerkenswerte Initiative

so - Seit 15 Jahren besteht der Verband Deutscher Studentenschaften. Etwa ebenso lange spricht man im In- und Ausland vom deutschen "Wirtschaftswunder". Gemeint ist damit die bewunderungswürdige Leistung unseres Volkes, das nach einem totalen Zusammenbruch seine Wirtschaft wieder aufbauen konnte. Aber trotz dieser Leistung stimmt bei uns einiges nicht; Gemeinschaftsaufgaben sind vernachlässigt worden. Eine dieser Aufgaben ist eine moderne Bildungspolitik, die mit den wirtschaftlichen Leistungen nicht Schritt gehalten hat.

Jetzt haben sich Studenten aus allen Parteirichtungen, aus allen Konfessionen, organisierte und unorganisierte, in Königstein/Taus getroffen, um sich Luft zu machen und ihrem Unwillen über die Misere unserer Ausbildungs- und Bildungspolitik und unserer Hochschulpolitik Ausdruck zu geben. Diesmal soll es aber nicht nur bei einem der vieler Proteste bleiben, diesmal will man selbst etwas tun. Man hört aus der Studentenschaft, daß jetzt Worte nicht mehr genügen und man kam in Königstein zusammen, um ein Gründungskomitee für eine "Studenten-Union" zu bilden.

Diese "Studenten-Union" will eine "Studentengewerkschaft" werden. Auf der Basis parteipolitischer Unabhängigkeit und religiöser und konfessioneller Neutralität will man sich dafür einsetzen, was in einem Kulturreisat längst hätte verwirklicht sein müssen.

- \* Die Chancengleichheit für jeden jungen Menschen, einen seiner Fähigkeiten entsprechenden Ausbildungsweg zu wählen und diese Ausbildung erhalten zu können.
- \* Errichtung und Sicherung einer gesetzlichen Grundlage der Selbstverwaltung, insbesondere auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Selbsthilfe der Studenten.
- \* Forderung nach einer Studienreform, die ein selbständiges Studieren ermöglicht.
- \* Forderung nach dem Ausbau des gesamten Bildungs- und Ausbildungswesens, insbesondere nach dem Bau neuer Hochschulen und nach dem Ausbau der bestehenden Hochschulen.
- \* Forderung nach der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Studenten.

Man mag zu dem Gründungskomitee dieser "Studentengewerkschaft" stehen wie man will. Eines ist dabei deutlich: Derartige Gründungen geschehen nicht im luftleeren Raum und nicht ohne Anlaß. Sie zeigen die Unzufriedenheit der deutschen Studentenschaft mit der Ausbildungs- und Bildungsmisere in der Bundesrepublik. Es ist zu hoffen, daß nicht nur die Studenten auf Worte Taten folgen lassen, sondern daß die Regierung endlich etwas tut.

17. März 1964

CDU-Parteitag

Zuflucht zu Unverbindlichkeiten, statt klarer Aussagen

- \* "Es scheint, daß dieser 12. Parteitag der Christ-
- \* lichen Demokraten seine Höhepunkte ausserhalb der
- \* Tagesordnung hat." - DIE WELT, 17. März 1964

\* \* \*

sp - Die Christlich-Demokratische Union ist in der peinlichen Lage, die Bekundungen ihres unbestimmten Willens nach a u s s e r h a l b ihres Parteitages verlagern zu müssen. Der Bundeskanzler Erhard stellte sich in einem Forumgespräch einer Sturzflut von Fragen junger Menschen; der streitbare Präsident des Bundestages, Eugen Gerstenmaier, und sein Parteifreund, der Kultusminister von Nordrhein-Westfalen, Professor Paul Mikat, maßen sich mit Intellektuellen in der provozierenden Fragestellung, ob der Geist ein Stiefkind der CDU sei. Es ging sehr lebhaft, ja aufregend zu, die Zuhörer kamen auf ihre Kosten, waren es doch immerhin gescheite Männer, die hier ihre Klirgen kreuzten. Ein Gespräch solcher Art hat es zwischen Repräsentanten der CDU und Intellektuellen noch nicht gegeben. Das distanzierte und unterkühlte Verhältnis zur geistigen Elite will nun die CDU etwas herzlicher und wärmer gestalten; sie sucht den Brückenschlag, nur bleibt es offen, ob er gelingen wird.

Daß dieses Gespräch und andere Begegnungen a u s s e r h a l b des Parteitages zu Höhepunkten wurden, deckt einen offensichtlichen Mangel der CDU an i n n e r e r Substanz auf. Vor einer großen demokratischen Partei, die den Anspruch auf die Führung im Staate erhebt, erwartet der Bürger doch mehr als unverbindlichen Gedankenaustausch. Dieser verpflichtet zu nichts, er sagt nichts darüber aus, welchen Weg diese Partei für die nächsten Jahre einzuschlagen gedenkt, was sie dem deutschen Volk zu bieten hat. Die CDU besitzt nicht einmal ein Programm, sie befindet sich immer noch auf der Suche danach. Ihr Standort in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts bleibt unbestimmt, wenn nicht gar verschwommen. Das Gefühl, eine Partei zu sein, ist bei ihren Mitgliedern und Wählern ziemlich unterentwickelt. Vierzehnjährige Machtausübung haben die Wurzeln dieser Partei verdorren lassen. Sie hat es schwer, sich von der Vorstellung zu lösen, sie und der Staat seien identisch. Diese Identifizierung von Partei und Staat wurde der CDU zum Verhängnis, aus dem sie sich kaum befreien kann. Der innere Zustand der noch größten Koalitionspartei färbt unvermeidlich auf die Tätigkeit der Regierung ab. Die Flucht nach vorn soll Rettung und das Heil bringen: in diesem Falle die Kampfansage an die Sozialdemokratie. Wird sich der Wähler von dieser negativen Ausgangsstellung beeindrucken lassen? Die einstmals mächtige CDU gleicht einem Baum, dessen Säfte langsam verrinnen und dessen Blätter nicht mehr das volle Grün erreichen.

Was gäbe heute die Kanzlerpartei darum, besäße sie so etwas wie das Godesberger Programm der SPD und seine Aussagekraft über die Fragestellungen unserer Zeit. Zu einer solchen wegweisenden Schöpfung reichen ihre Energien freilich nicht aus. Auch fehlt es ihr wohl an Lerneifer.

+ + +

Kommunalpolitik mit der "linken Hand"

RHEINISCHER MERKUR und Kommunalwahlen in Bayern

sp - CDU/CSU haben nach den "kleinen" Kommunalwahlen in Bayern am 8. März 1964 das Ergebnis als einen "Sieg der stärksten bayerischen Regierungspartei gefeiert. Der RHEINISCHER MERKUR, dessen Redakteure man bestimmt in Verlegenheit bringen würde, wollte man ihnen nachsagen, sie hegten Sympathien für die SPD, sieht dagegen das Wahlergebnis ganz anders. Natürlich wird auch in dieser Wochenzeitung von Erfolgen der CSU berichtet. Das Fazit des Gesamtergebnisses sieht jedoch so aus:

\* "Die Christlich-Sozialen sollten endlich damit auf- \*  
\* hören, die Kommunalpolitik mit der linken Hand zu \*  
\* behandeln, sie sollten von ihren ehrgeizigen jun- \*  
\* gen Akademikern als unablässbare Verpflichtung eine \*  
\* mehrjährige Tätigkeit in den Kommunen verlangen, \*  
\* bevor sie ihnen die Möglichkeit zu Landtags- und \*  
\* Bundestagsmandaten geben, und sie sollten auf lan- \*  
\* ge Sicht nur gute Männer für die Oberbürgermeister- \*  
\* sessel aufbauen, ähnlich wie es in hervorragender \*  
\* Weise die SPD macht."

Hier wird der SPD in Bayern ein wohlverdientes Kompliment ausgesprochen, und die Partei des Franz Josef Strauß erhält einen nicht überhörbaren Ruffel. Gewiß, man kann die Wochenzeitung RHEINISCHER MERKUR nicht als Kronzeuge für eine wirkungsvolle SPD-Politik anrufen. Trotzdem ist bemerkenswert, in den Spalten eines solchen Blattes bestätigt zu finden, was man zwar seit jeher weiß, was bisher jedoch immer von der CDU-Publizistik schamhaft verschwiegen wurde:

Die Tatsache, daß die Christlich-Sozialen die Kommunalpolitik mit der linken Hand behandeln.

## Stärkung der Demokratie in Finnland

### Die Einigung der finnischen Sozialdemokraten

sp - Mit dem Beschluß der Führungsgremien der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und des von ihr im Jahre 1957 abgesplitterten Sozialdemokratischen Bundes, den gemeinsamen Vorschlag der Verhandlungsdelegationen beider politischer Gruppen zu einer Wiedervereinigung anzunehmen, hat sich das innenpolitische Kräftebild in Finnland entscheidend gewandelt.

Politische Beobachter in der finnischen Hauptstadt sehen in dem Beschluß, der noch vor den Parteitagen beider Parteien angenommen werden muß, eine Stärkung der parlamentarischen Grundlagen des Landes. Es ist kein Geheimnis, daß dieser Beschluß nicht ohne Einfluß auf die aussenpolitischen Beziehungen Finnlands bleiben wird. Hierbei wird besonders im Nachbarland Schweden darauf hingewiesen, daß eine Stärkung des parlamentarischen Systems in Finnland, zu deren stärkstem Bollwerk die finnische Sozialdemokratie gehört, dazu beitragen wird, die Unabhängigkeit dieses Landes gegenüber dem Nachbar Sowjetunion zu erhalten.

Der Beschluß zur Wiederherstellung einer geeinigten sozialdemokratischen Partei wird seinen ersten Test bei der finnischen Gemeindevahl im Herbst dieses Jahres haben.

Nach Meinung der politischen Beobachter in Helsinki wird der Beschluß zur Wiedervereinigung vor allem zu einer Eindämmung des kommunistischen Einflusses und zu einer Schwächung der kommunistischen Partei führen können. Was dies aber bedeutet, kann und muß jeder einsehen, der sich die sehr schwierige aussenpolitische Stellung Finnlands vor Augen hält.

Aus diesem Grunde sollte dieser Schritt, der sicherlich nicht einfach ist, als der Versuch gewertet werden, neben der Verwirklichung der inneren Stabilität auch die äussere Sicherheit zu gewährleisten.

Nicht zuletzt ist an dem Beschluß hervorzuheben, daß er die herzlichen und freundschaftlichen Beziehungen Finnlands zu den übrigen skandinavischen Ländern als tragendes Element der finnischen Politik kennzeichnet und auch aus diesem Grunde eine Stärkung der Demokratie in Finnland darstellt.

"Warum stehst Du draussen?"

Von Inge Deutschkron

\* "Es kann nicht darum gehen, daß sich die Religionen der  
\* Welt über ihre Glaubenssätze verständigen. Das ist nicht an  
\* ihnen und würde ihnen auch nicht gelingen: Das ist Gottes Sa-  
\* che allein. Es kann nur darum gehen, daß die Religionen der  
\* Welt gemeinsam die Rettung des Menschen vor dem Untergang ent-  
\* werfen und in Angriff nehmen. Denn dies ist ihnen anvertraut."

\* \* \*

Dies war die Botschaft, die der jüdische Religionsphilosoph Martin Buber zur Abschlußkundgebung der Kölner Ausstellung MONUMENTA JUDAICA und der Woche der Brüderlichkeit am vergangenen Sonntag entsandt hatte. Unter dem Motto "Warum stehst Du draussen?", hatte die diesjährige Woche der Brüderlichkeit gestanden; es war auch das Thema der Kundgebung in den Kölner Messehallen, zu der 4 500 Menschen, eingeladen vom Koordinierungsrat der 36 Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in der Bundesrepublik, gekommen waren. Vielen mußte aus Platzmangel die Teilnahme versagt bleiben. Der Vorsitzende des Koordinierungsrates, Pfarrer Dr. F r e u d e n b e r g, und der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Theo B u r a u e n, begrüßten die Kundgebungsteilnehmer, in besondern aber die Tatsache, daß hervorragende Vertreter der drei Religionsgemeinschaften zum ersten Mal gemeinsam vor einem derartigen Auditorium sprachen.

\* \* \*

Professor Ernst S i m o n von der Hebräischen Universität in Jerusalem versuchte vor allem auf die Frage, wer dürfe von sich sagen, er befände sich im Heiligtum und von anderen, sie stünden draussen, "die Andeutung einer Antwort" zu geben. Im Verlauf der Jahrhunderte sei die Behauptung immer wieder aufgestellt worden, nur e i n e der Religionen könne als die Rechte gelten. "Die dogmatische Auffassung, deren Erweichung wir in diesen unserer Tagen zu sehen hoffen, daß die Kirche allein die Erbschaft des wahren Israel angetreten habe, so daß die sozialethischen Gebote der hebräischen Bibel ... nicht mehr für Juden gelten, sondern nur noch für die Christen - sie hat einen paradoxen Zustand erzeugt." Auch im Judentum existierte einst die Auffassung, daß nur es "sich auf dem geraden Wege der Wahrheit befände, während die anderen zwar das Richtige meinen, aber auf falschem Wege irren." Dann aber habe das Judentum den Sinn des Miteinanders der Religionen verstanden: "Du bist Gott, und kein Gott ist außer Dir, aber es tut Deiner Ehre keinen Eintrag, daß andere Anderen dienen, denn die Meinung ihres Herzens ist auf Dich gerichtet." (hebräisch-spanischer Philosoph Ibn-Gabiról). Auch "das Judentum hat Mauern", rief Simon aus, und gerade deshalb wisse es, vom "Heil außerhalb der Mauern". Auf seinem eigenen Wege müßte jeder auf seine Weise zum gemeinsamen Ziel streben. "Grundlose" Liebe müßte das gemeinsame Glaubenswort von allen Menschen werden. Nur sie werde den "grundlosen" Haß überwinden, der die Welt zu zerstören drohe.

\* \* \*

Die Einrichtung der Woche der Brüderlichkeit sei als ein Beweis dafür anzusehen, sagte Bischof i. R. Professor D. Dr. Wilhelm S t ä h l i n (Kinsting), daß es im Grunde noch immer an echter Brüderlichkeit mangle. Brüderlichkeit schließe das Bekenntnis ein, daß wir wahre Brüder seien.

Aber es hänge von freiem Willen des Einzelnen ab, diese Situation ernst zu nehmen und sich ihr gemäß zu verhalten. Noch immer schie-  
ne es den Menschen leichter, "die ganze Welt zu umarmen", als dem  
unbequemen Nachbarn die Hand zu reichen. Indes "Brüder können durch-  
aus verschieden sein". Es dürfe keine Brüderlichkeit ohne Anerker-  
nung der Verschiedenheit geben. Gleichmacherei ginge immer auf Ko-  
sten der Brüderlichkeit. Und brüderliches Verhalten schliesse nicht  
ein, daß alle einer Meinung sein müßten. Die unermessliche Schuld  
verpflichtete uns zu einem besonderen Maß an Brüderlichkeit. Aber die  
Neigung, geschichtliche Unterschiede vertuschen zu wollen und Syrago-  
ge und Egliseia in allzu große Nähe zu rücken, sei kein Dienst an der  
echten Brüderlichkeit.

\* \* \*

Der über 80-jährige Kardinal B e a , der eigens zu dieser  
Veranstaltung aus Rom gekommen war, sprach von den Bemühungen sei-  
ner Kirche, eine neue Beziehung zur jüdischen Religion zu finden.  
"Ich selbst war anwesend, als Johannes XXIII. die Anweisung gab,  
die Perfidis jüdis aus der Karfreitags-Liturgie zu streichen.  
Das Konzil, ebenfalls ein besonderes Anliegen des verstorbenen  
Papstes, werde sich gleichermäßen mit dem Verhältnis von Juden und  
Christen befassen. Für diese Gelegenheit habe Papst Johannes eine  
Vorlage ausarbeiten lassen, die aus Zeitmangel noch nicht zur Dis-  
kussion im Konzil gelangt sei. Es sei jedoch bekannt, daß sie ge-  
tragen sei von dem Geist, der jedem Menschen das unveräußerliche  
Recht zugestehe, den Willen Gottes nach der Norm des eigenen Ge-  
wissens zu erfüllen. An erster Stelle werde die Abwehr der fal-  
schen Anklage stehen, das ganze jüdische Volk sei als gottesbrü-  
derisch zu bezeichnen. Es sei auch auf das viele Gute hingewiesen,  
daß die Kirche durch die Vermittlung dieses Volkes vor Gott empfan-  
gen und mit ihm gemeinsam habe. Es gelte nun, einander besser ken-  
nen und schätzen zu lernen. "Unzählige, noch bestehende Schranken  
sind nach und nach einzureissen, unzählige Trennungen sind zu be-  
seitigen, bis jeder Mensch den anderen zurufen kann: "Warum stehst  
Du draussen?" Das Konzil habe indes den Versuch unternommen, den  
Blick über die unmittelbar kirchlichen Probleme hinaus zu lenken  
und den Menschen klarzumachen, daß der Friede und mit ihm zusammen-  
hängende Fragen nur dann auf die Dauer zu lösen seien, wenn der  
Mensch wieder gelernt habe, Mensch zu sein - Mensch und deshalb auch  
Bruder.

Und damit beendete der katholische Kardinal Bea die Kölner  
Veranstaltung in genau dem gleichen Geiste, den der jüdische  
Religionstheologe Martin B u b e r ihr mit seinem Grußwort  
zugrundegelegt hatte.

+ \* +